



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Tiefere Löhne, weniger Rechte? Nein zur Chaos-Initiative der SVP!

Die sogenannte «10-Millionen»-Initiative ist für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz brandgefährlich – und zwar unabhängig davon, ob sie einen Schweizer Pass haben oder nicht.

Die Initiative würde einen unglaublichen Automatismus in die Verfassung einschreiben: Abhängig von der Bevölkerungsentwicklung sollen die Rechte der Arbeitnehmenden zunehmend eingeschränkt werden. Das ist ein Frontalangriff auf alle Arbeitnehmenden und den sozialen Frieden in unserem Land.

Abbau von Arbeitnehmerrechten

Zuerst würde das Recht auf Familiennachzug fallen – mit schlimmen Konsequenzen für das Familienleben vieler Kolleg:innen, die schon seit Jahren hier arbeiten und leben. Der Skandal der «verbotenen Kinder» aus den Zeiten des Saisonierstatuts darf sich auf keinen Fall wiederholen!

In einem nächsten Schritt verlangt die Initiative die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Damit würde das Recht der Arbeitnehmenden, sich niederzulassen und ohne Lohndiskriminierung zu arbeiten, abgeschafft – sowohl für EU-Bürger:innen in der Schweiz als auch für Schweizer:innen in EU-Staaten.

Dieses Diskriminierungsverbot zwischen inländischen und ausländischen Arbeitnehmenden ist aber zentral im Kampf gegen Lohndumping. Frühere diskriminierende Regelungen wie das Saisonierstatut machten es möglich, rechtlose Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass auszubeuten und ihnen für dieselbe Arbeit tiefere Löhne zu zahlen. Das führte auch für ihre Schweizer Kolleg:innen zu Lohndruck. Das ist heute nicht mehr erlaubt. Doch diese Chaos-Initiative will diesen Fortschritt rückgängig machen und dem Lohndumping wieder Tür und Tor öffnen.

Massiver Angriff auf den Lohnschutz

Aber nicht nur die Rechte der Arbeitnehmenden stehen auf dem Spiel, sondern auch die bestehenden konkreten Schutzmassnahmen zur Kontrolle des Arbeitsmarktes. Denn die Kündigung der Personenfreizügigkeit würde auch die daran gekoppelten flankierenden Massnahmen (FlaM) beenden. Darunter auch das Entsendegesetz, das klare Regeln und Kontrollen bei Unternehmen vorsieht, die Arbeitnehmende aus dem Ausland in die Schweiz entsenden.

Konkret: Die FlaM beinhalten mehrere Massnahmen, die für die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in der Schweiz von grosser Bedeutung sind:

- Kontrollen der Arbeitsbedingungen und der Einhaltung von Gesetzen und Gesamtarbeitsverträgen durch Schweizer und ausländische Unternehmen.
- Bussen und Sperren gegen Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten.
- Die Haftung der Firmen, wenn sie Aufträge an Subunternehmer auslagern.
- Gesamtarbeitsverträge können einfacher für alle verbindlich erklärt werden, damit alle Beschäftigten von anständigen Löhnen, mehr Ferien und kürzeren Arbeitszeiten profitieren.

Eine Kündigung bedeutet: Lohnschutz und Kontrolle der Löhne und Arbeitsbedingungen würden massiv geschwächt. Dabei braucht es diese Kontrollen dringend: Bei rund einem Drittel der kontrollierten Firmen werden zu tiefe Löhne festgestellt – egal, ob es sich um Schweizer Unternehmen handelt oder um Firmen, die Arbeitnehmende aus der EU entsenden! Solche Dumping-Unternehmen, die Löhne und GAV-Regeln nicht einhalten, müssten kaum mehr Strafen fürchten. Die Chaos-Initiative greift die Rechte aller Arbeitnehmenden an. Die Folgen sind mehr Lohndruck und mehr Schwarzarbeit.

Verschärfung des Personalnotstands

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der nicht nur für die arbeitenden Menschen sondern für das ganze Land zentral ist: Viele Branchen, gerade auch solche, welche essenzielle Dienstleistungen erbringen, haben grosse Schwierigkeiten, genügend Personal zu finden. Besonders wenn die Arbeit hart ist, die Arbeitszeiten unregelmässig sind und die Löhne hinterherhinken.

Denken wir zum Beispiel an die Pflege, wo die Beschäftigten seit Jahren Alarm schlagen. Viele, die diese gesellschaftlich unglaublich wichtige Arbeit leisten, sind permanent von Erschöpfung und Burnout bedroht. Überall fehlt es an ausreichend Personal, überall leisten unterbesetzte Belegschaften enorm viel, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Viele dieser Menschen haben keinen Schweizer Pass, aber heute zumindest die gleichen Arbeitnehmerrechte wie ihre Kolleg:innen. Diese Menschen will die SVP ausgrenzen und letztlich vertreiben.

Die Folgen für das Gesundheitssystem wären fatal, ein eigentlicher Notstand absehbar. Gleiches gilt auch für andere Branchen, etwa in der Kinderbetreuung, der Logistik, der Gastronomiebranche oder der Bauwirtschaft. Der perfide Plan der SVP ist es, diese Lücken dann mit Arbeitnehmenden ohne Rechte zu füllen.

Das lassen wir nicht zu. Deshalb kämpfen wir an der Seite der Arbeitnehmenden gegen diese gefährliche Initiative.